Abonnements
werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 2.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1,70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2,50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate
die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).

Verlag
der
Volksbuchhandlung
Hottingen-Zürich.

Postsendungen
franko gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

№ 15.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat" wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgehen lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Deckadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

7. April 1888.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Max Kayser todt!

Die Hoffnung, der wir in voriger Nummer Ausdruck gaben, hat sich nicht erfüllt: Am 29. März ist unser Gesinnungsgenosse Max Kayser den Wirkungen der an ihm nothwendig gewordenen Kehlkopf-Operation erlegen. Einer der eifrigsten, überzeugtesten Streiter für die Emanzipation der Arbeiterklasse ist nicht mehr.

Schon im frühesten Jünglingsalter schloß sich Kayser der Sozialdemokratie an, und sein hervorragendes oratorisches Talent, sein schlagfertiger Witz machten ihn bald zu einem der beliebtesten Redner der Partei.

Die ersten Sporen erwarb er sich in den Jahren 1871 bis 1783 in Berlin; ihm gebührt ein großer Theil des Verdienstes um das Emporblühen der Mitgliedschaft der Eisenacher Fraktion in der Reichshauptstadt. Nach einem verhältnißmäßig kurzen Aufenthalt in Mainz siedelte Kayser 1874 nach Dresden über, woselbst er in die Redaktion des „Volksboten" eintrat, nebenbei aber eine ungemein fruchtbringende agitatorische und organisatorische Thätigkeit entfaltete. 1878 und 1881 entsandte ihn der 9. sächsische Wahlkreis (Freiberg-Oederan-Hainichen) in den Reichstag, 1884 gelang es zwar der „Vereinigten Ordnungspartei", Dank einer kolossalen Beeinflussung, namentlich der Bergarbeiter, ihn dort durch einen Ordnungsmann zu ersetzen, doch wurde er dafür von den Arbeitern des 22. sächsischen Wahlkreises in den Reichstag geschickt. Bei den unter dem Zeichen der Kriegslüge vorgenommenen Wahlen des Vorjahres unterlag er zwar auch hier einem reaktionären Mischmasch-Gegner, es untersteht indeß keinem Zweifel, daß ihn die nächsten Wahlen wieder als Sieger aus der Wahlurne hätten hervorgehen lassen, wenn der Tod nicht seinem Leben ein vorzeitiges Ende bereitet hätte.

Kayser war in keiner Weise, was man eine aggressive Natur nennt, er gehörte zur sogenannten gemäßigten Richtung innerhalb unserer Partei und hat von den Vertretern der schärferen Tonart im Laufe der Jahre manchen Angriff erfahren. Aber nie ist auch der leiseste Zweifel an seiner Ehrlichkeit und Ueberzeugungstreue aufgekommen, und seine unleugbare Sachkenntniß in allen Fragen der Arbeitsgesetzgebung, seine Bereitwilligkeit und Anspruchslosigkeit sicherte ihm auch die Freundschaft und Anerkennung Derer, die in den Fragen der Partei-Taktik mit ihm differirten.

Sein, bei aller sachlichen Schärfe doch ungemein urbanes, fast hätten wir gesagt, versöhnliches Auftreten sicherte ihn nicht vor den gehässigsten Verfolgungen seitens der Gegner. Ueber achtzehn Monate brachte er hinter Gefängnißmauern zu, und wie er, erst auf Grund eines ausgegrabenen Polizeiparagraphen, im Jahre 1878 als „bestrafte Person" aus Dresden und dann auf Grund eines der schändlichsten Paragraphen des Schandgesetzes nacheinander aus den Kreishauptmannschaften Dresden und Zwickau, aus Stadt und Kreis Breslau, Elberfeld-Barmen, Remscheid, Solingen, Lennep und noch verschiedenen Bürgermeistereien, sowie aus Erfurt ausgewiesen, von Ort zu Ort gehetzt wurde, ist noch in unsrer Aller frischem Gedächtniß. „Und dennoch", lesen wir im Nachruf des von ihm gegründeten und sechs Jahre hindurch geleiteten „Sächsischen Wochenblattes", „dennoch, trotz aller Verfolgungen, fand der Haß keinen Raum in ihm, dennoch predigte er die Versöhnung*) und hoffte auf dieselbe. Sie ist ihm nicht geworden. Nur Eines wurde ihm, was er am heißesten herbeigesehnt — ein Plätzchen in seiner Heimath, wenn auch als — Todter."

Selbst zur Ueberführung des Schwererkrankten in ein Breslauer Spital hatte erst die Erlaubniß der Polizeibehörde eingeholt werden müssen!

Es ist vielleicht die schärfste Verurtheilung des Ausnahmegesetzes, daß grade ein Mann wie Max Kayser am härtesten von ihm getroffen werden konnte. Ob er Umsturz predigte oder nicht, war gleichgültig, er war als geschickter Propagandist der sozialdemokratischen Grundsätze „gefährlich", als treuer Anwalt der Arbeiter „mißliebig" geworden, und das war das Entscheidende.

Kayser ist in der Blüthe seiner Jahre gestorben — er hatte noch nicht das 36. Lebensjahr erreicht. Er hinterläßt ein trauerndes Weib und ein ihm erst im vorigen Jahre gebornes Söhnchen.

Es fehlen uns, da wir dies schreiben, noch alle Nachrichten über die Art seiner Bestattung, doch zweifeln wir nicht, daß dieselbe eine seiner großen Verdienste um die Arbeitersache würdige gewesen sein wird. Auch der „Sozialdemokrat" hat dem bewährten Kampfgenossen einen Kranz auf das Grab legen lassen.

Ein Kämpfer ist aus unsern Reihen geschieden, schnell schließen sich die Lücken hinter ihm, sein Name aber wird uns allen unvergeßlich sein. Die Sozialdemokratie wird das Andenken Max Kaysers hoch und in Ehren halten.

*) D. h. den loyalen Weg der Reformen.

Der „Sozialdemokrat", seine Aufgaben und sein Programm.

I.

Man wird uns das Zeugniß ausstellen dürfen, daß wir es, wo immer es angeht, vermeiden, in eigener Sache das Wort zu ergreifen. Wer unser Blatt aufmerksam liest, weiß, was wir sind und was wir wollen, und gegen absichtliche Verdrehungen und Fälschungen unserer Bestrebungen helfen alle Erklärungen und Proteste nichts.

Wenn wir nun heute eine Ausnahme machen, so geschieht dies namentlich im Hinblick auf gewisse, seit einiger Zeit immer wieder auftauchende Gerüchte von einer über unser Blatt verhängten oder beabsichtigten Zensur oder sonstigen, gegen dasselbe in Aussicht stehenden Maßregeln. Wir erachten es für Raum- und Zeitverschwendung, auf diese Gerüchte im Einzelnen einzugehen, halten es aber um so ersprießlicher, und zwar nach allen Seiten hin ersprießlicher, an der Hand eines Rückblicks auf die Entstehungsgeschichte und das von Anfang an gestellte Programm unseres Blattes den Nachweis zu liefern, daß, wenn es seinen Aufgaben gerecht werden, d. h. überhaupt einen Zweck, eine Existenzberechtigung haben soll, in allen grundsätzlichen Fragen von ihm der Satz gilt, der auf die Sozialdemokratie überhaupt Anwendung findet: Sit ut est, aut non sit — er muß sein, wie er ist, oder er braucht gar nicht zu sein. Man mag gegen einzelne Personen, welche man für die Leiter und Lenker hält, unternehmen, was man will — solange der „Sozialdemokrat" besteht, solange die Voraussetzungen bestehen, die ihn ins Leben gerufen, muß er an diesem Programm festhalten und wird er an ihm festhalten.

Der „Sozialdemokrat" ist ein Kind des deutschen Ausnahmegesetzes. Als er vor nun bald neun Jahren in's Leben gerufen wurde, war die einst so blühende Arbeiterpresse in Deutschland theils gänzlich unterdrückt, theils erschien sie unter Bedingungen, die eine freimüthige Kritik bestehender Mißstände, ein offenes Eintreten für die politischen Forderungen der Arbeiterklasse von der Gnade — richtiger Laune der Polizei abhängig machten. Und im Wesentlichen verhält es sich auch heute noch so. Ist man im Laufe der Jahre auch im Allgemeinen von der geradezu haarsträubenden Auslegung des Begriffs des „Umsturzes", wie sie in den ersten Jahren des Ausnahmegesetzes üblich war, zurückgekommen, so nimmt man doch durchaus keinen Anstand, sie, wo man es für zweckmäßig findet, immer wieder von Neuem in Anwendung zu bringen. Beweis die jüngsten Verbote in Hamburg und Darmstadt. Hier wird verboten, was an andern Orten geduldet wird, am gleichen Ort jahrelang geduldet wurde! Es ist unter diesem Willkürzustande absolut unmöglich, einen festen Anhaltspunkt dafür zu finden, wie weit die sozialistische Kritik gehen darf oder nicht. Wer in Deutschland ein Blatt herausgibt, ist auf ein beständiges Experimentiren angewiesen, bis eines Tages die ominöse Verfügung eintrifft: Auf Grund des § x des Sozialistengesetzes verboten. Und in der Regel wählen sich dann die Behörden für die Motivirung des Verbots den denkbar harmlosesten aller Artikel aus, gerade als wollten sie sagen: Ce n'est que pour notre bon plaisir — es paßt uns gerade jetzt, und darum verbieten wir auch gerade jetzt.

Unter diesen Umständen hat die deutsche Sozialdemokratie in Deutschland selbst kein Organ und ist jeder Versuch zum Scheitern verurtheilt, eines in Deutschland zu schaffen, von dem sich die Genossen sagen können: hier ist eine Stätte, wo wir unserer Meinung offenen Ausdruck geben können, ein Blatt, auf das wir uns in jeder Hinsicht verlassen können, das uns nicht grade in dem Moment, wo wir es vielleicht am nöthigsten brauchen, durch einen Willkürakt geraubt werden kann.

Aus diesem Grunde wurde die Schaffung des „Sozialdemokrat" seinerzeit und ist seine Aufrechterhaltung auch heute noch eine Nothwendigkeit.

Hören wir nun, was der „Sozialdemokrat" bei seiner Gründung als Richtschnur seines Wirkens bezeichnete.

„Die prinzipielle Grundlage unsres Wirkens", heißt es in der vom 28. Sept. 1879 datirten Probenummer, „bildet das von den Parteigenossen allerwärts anerkannte Gothaer Programm. Wohl gilt uns dasselbe weder — wie sich einer seiner Väter selbst ausgedrückt — als ein papierner Papst noch als ein steinernes Dogma, wie es denn auch kein Sozialist je als für alle Zeiten unverbesserbar gehalten hat. Aber in seiner Gesammtheit und mit Inbetrachtziehung aller begleitenden Umstände bildet es ein Malzeichen der bis jetzt höchsten Entwicklung der Sozialdemokratie, eine populäre Zusammenfassung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Sozialismus und einen Wegweiser für die politische Haltung der Partei und hat sich im Ganzen voll bewährt, so daß jede Veränderung desselben erst wohl erwogen werden, und man erst die Gewißheit haben muß, daß man wirklich Besseres an die Stelle des Bisherigen setzt.

Die taktische Haltung unseres Blattes aber ist ebenfalls durch das Gothaer Programm und die organische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie auf Grund desselben, sowie durch die Rücksicht auf die augenblicklichen Machtverhältnisse bedingt. Uns ist die Sozialdemokratie nach wie vor eine revolutionäre Partei im wahren und besten Sinne des Wortes. Nach wie vor aber, oder besser, mehr denn je werden wir uns jetzt, wo in Folge des fast bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Druckes der Reaktion die Versuchung stärker als sonst herantritt, die allerdings langwierige und beschwerliche Arbeit der successiven Aufklärung und Organisation der Massen und dadurch der allmäligen Erschütterung der Grundlagen der heutigen widersinnigen und ungerechten Gesellschafts- und Staatsordnung durch kluge Ausnützung jeder, auch der kleinsten Chance, ermüdet sinken zu lassen und sich der scheinbar eher zum Ziele führenden, in Wahrheit aber thörichten und verderblichen Revolutions- und Putschmacherei in die Arme zu werfen, auf's Energischste gegen diese wenden. Wohl glauben auch wir, daß die von uns angestrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein und in aller Gemüthsruhe von den Ministertischen und Parlamentstribünen dekretirt werden wird. Allein diese Ueberzeugung ist himmelweit verschieden von einem „Machen" von Revolutionen oder richtiger von Putschen; denn Revolutionen entstehen wohl, können aber nicht „gemacht" werden.

Wir werden also auch in dieser Beziehung den von der deutschen Sozialdemokratie mit so viel Erfolg betretenen Weg gehen und uns von demselben weder durch die zahlreichen, dem Vormarsch auf ihm entgegenstrebenden Hindernisse, noch durch die Aufreizungen der Reaktion — schon um der letzteren keinen Gefallen zu thun — abbringen lassen. Vielmehr werden wir, obgleich außerhalb des Machtbereiches der deutschen und österreichischen Polizei stehend, trotzdem jede Verletzung des gemeinen Rechtes in der Form nach Möglichkeit vermeiden, was unserer Rücksichtslosigkeit in der Sache durchaus keinen Eintrag thun wird.

Der „Sozialdemokrat" steht mit Einem Wort sowohl in prinzipieller als taktischer Beziehung voll und ganz auf dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie, wie sie war und wie sie ist! — — —"

Den Hetzern und den Kleinmüthigen in's Stammbuch.

„. . . Das Kreuz von Golgatha erinnert uns daran, daß eine Umwälzung in der menschlichen Denkweise, die Umbildung des Bestehenden, der Kampf gegen liebgewordene Vorurtheile nur durch den Einsatz der vollen Persönlichkeit durchgeführt werden kann. Propheten, Prediger der Wahrheit, Reformatoren, kühne Neuerer stießen von jeher auf hartnäckigen Widerstand, entschiedene Abneigung, auf Gleichgültigkeit oder auf Haß. Was brauchten sie auch eigene Gedanken zu haben und dadurch Andere an ihre Gedankenlosigkeit zu erinnern; was brauchen sie originell zu sein und über die liebe breite Mittelmäßigkeit hervorzuragen; was brauchen sie das Alte, Langgewohnte, Liebgewordene morsch und faul zu finden, die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden wach zu rufen und die Sehnsucht nach besseren Zuständen zu entfachen?

„Das war pietätlos, denn es ging gegen das von den Vätern Ererbte, das sich durch lange Zeit hindurch bewährt; es war unbequem, denn es übte und verlangte Kritik an einer geheiligten Tradition, eigenes Nachdenken über das durch äußere Autorität Vermittelte, Aufgeben theurer Vorurtheile, Eingehen in einen neuen Gedankenkreis, Aufschwung zu selbständiger geistiger Arbeit; es stieß unsanft mit einer undurchdringlichen Mauer von Interessen zusammen, die, im Grunde kleinliche und schmutzige Selbstsucht, sich mit dem Strahlenglanz eines erhabenen Berufes zu umkleiden gewußt hatten, mit der Autorität der staatlichen Ordnung, mit dem Ansehen einer wissenschaftlichen Zunft, mit der Heiligkeit des priesterlichen Amtes, mit den Formen und Formeln einer stabil gewordenen Frömmigkeit.

„Wehe dem, der thöricht genug war, sein volles Herz nicht zu wahren, der dem Pöbel sein Gefühl, sein Schauen offenbarte. Er war ein Narr, wenn er es bei der Theorie bewenden ließ, ein Verrückter, ein Sonderling, ein Original, gut genug, dem Pöbel als Zielscheibe für seine plumpen Witze zu dienen. Aber dreimal wehe ihm, wenn er daran ging, seine Lehre als Hebel an das Gebäude der sozialen Ordnung anzusetzen und in Staat, Gesellschaft, Kirche eine neue Gestaltung des geistigen Lebens einzuführen. Dann war er ein Revolutionär gegenüber dem Staat, ein Feind Gottes und der Religion, eine Gefahr für die Gesellschaft. Ihn traf der Haß der Dummköpfe, deren blöde Augen das neue Licht blendete und schmerzte, die Abneigung der in der alten Ordnung Eingefessenen, die er in Frage stellte, der Zorn aller Elemente, die aus dem schlechten Boden ihre Nahrung sogen.

„Verlauf und Ausgang des Kampfes zwischen der neuen Idee und der alten Wirklichkeit ist im Wesentlichen immer derselbe gewesen. Verkennung, Spott, Verkleinerung, Mißdeutung, offener Haß oder geheime Intrigue waren das geringste, was ein kühner Neuerer, ein prophetischer Geist von der Mitwelt zu erwarten hatte. Aber oftmals hat die Geschichte von ihren Helden mehr gefordert: Den Einsatz ihres ganzen Lebens, die Besiegelung ihres Werkes durch die Treue und Standhaftigkeit bis zum Tode, die Opferung ihrer ganzen Persönlichkeit auf dem Altar der Idee.

„Und solche Helden haben der Menschheit zu keiner Zeit gefehlt. Eine große, glänzende Schaar von Blutzeugen der Wahrheit zieht an unserm Geiste vorüber, unter allen durch Adel des Geistes und Herzens, durch Tiefe des Gemüthes und durch die sittliche Hoheit des Charakters, durch die Macht des Wortes wie des Beispiels hervorragend jener jüdische Prophet, den ein auf seine Würde stolzer Priesteradel, eine bornirte, kleinliche und fanatische Buchstabenfrömmigkeit und ein indolentes, am Ueberlieferten kleinlich klebendes, zu geistiger und weitherziger Auffassung der religiösen Ideen unfähiges Volk gänzlich verkannt und von sich ausgestoßen hat.

„Aber noch niemals — und das ist ein Trost und eine

Stütze für den Glauben an den Fortschritt der Menschheit — noch niemals ist eine wirkliche Wahrheit durch brutale Macht der Menschheit auf die Dauer entzogen, noch nie ein wirkliches Gut ihr für immer geraubt worden. Die Schläge, die die Wahrheit treffen sollen, mögen ihren Träger vernichten, aber der Wahrheit selbst können sie nichts anhaben. Gerade was sie tödtlich treffen soll, wird der Anlaß ihrer Bewährung. Ideen lassen sich nicht umbringen, eine wahre Prophetie muß sich erfüllen, und **eine für die Menschheit fruchtbare Umgestaltung wird allen Hindernissen zum Trotz sich vollziehen.**" . . .

Entnommen einer Charfreitagsbetrachtung des Doktor J. Kreyenbühl in der „Neuen Zürcher Zeitung."

Warum der Bauer so wenig von der Volksschule wissen will.

Ueber dieses Thema finden wir in der Wiener „Gleichheit" einen Artikel aus der Feder Karl Kautsky's, der auch für einen großen Theil unserer Leser von hervorragendem Interesse sein dürfte. Er geht zwar speziell von den Verhältnissen im katholischen Oesterreich und ganz besonders dessen Gebirgsdistrikten aus, trifft aber mit entsprechenden Modifikationen auch für die Verhältnisse des mehr protestantischen Deutschlands zu.

Kautsky wendet sich dagegen, daß man die Zustimmung der österreichischen Bauernschaft zu dem reaktionären Liechtenstein'schen Schulantrag kurzerhand auf Unwissenheit, Bornirtheit und Verhetzung durch die Pfaffen zurückführe, sondern empfiehlt, den Gründen nachzuspüren, welche die Bauern für diese „Verhetzung" so empfänglich machen. Er schreibt:

„Nichts gefährlicher im politischen Leben, als die Illusion, der Gegner wisse nicht, was er thue. Wenn eine breite Volksschichte sich einer bestimmten Richtung zuwendet, so kann man als sicher annehmen, daß sie ihre guten Gründe dazu hat; und ist diese Richtung eine uns feindliche, so werden wir ihrer eher Herr werden durch Erforschung und wo möglich Beseitigung ihrer Ursachen, als durch „Aufklärung" und moralische Entrüstung.

Ein Blick auf die Rolle, welche Kirche und Schule, Pfarrer und Schulmeister im Leben des Bauern spielen, dürfte vielleicht Einiges zum Verständniß des heutigen Kampfes um die Schule beitragen. Ein Bauer kann sich eine Dorfgemeinde ohne Pfarrer gar nicht denken. Jede Veränderung, die in einer kleinen Gemeinde von größter Bedeutung ist, jede Geburt, jede Heirath, jeder Todesfall erfordert die Intervention des Pfarrers, der nicht nur diesen Veränderungen ihre feierliche Weihe zu geben, sondern sie auch genau zu registriren hat: er knüpft die Familienbande, er kontrolirt das Erbrecht. In der Kirche findet jeden Sonntag die Volksversammlung der Gemeinde statt, allerdings immer mit einem und demselben Redner; in ihr nimmt jedes Fest seinen Anfang. Der Pfarrer ist aber nicht blos auf's Engste mit dem sozialen Leben der Dorfgemeinde verwachsen, er ist auch in der Regel selbst ein Bauernsohn, oft stammt er aus derselben Gegend, in der er wirkt. Die Kirche rekrutirt sich heute nicht aus den Städten, sondern aus den Dörfern und den Schlössern der Großgrundbesitzer. Sie ist eine Zufluchtsanstalt für erblose Söhne von Bauern und Adeligen und dabei eine Anstalt, die die Bauern, wenigstens direkt, nur wenig kostet. Die Kirche ist eine im Wesentlichen von Staatsmitteln erhaltene Institution.

Ganz anders die Volksschule. Ihre Einrichtung wurde (verhältnißmäßig gut) in Wien von den Liberalen dekretirt, die Kosten derselben aber wurden einfach den einzelnen Gemeinden zugewälzt. Die armen Bauerngemeinden hatten oft neue Schulen zu bauen, wodurch sie verschuldeten; ihre Abgaben wuchsen, um einen „Fremden" zu besolden. Denn der Schullehrer ist in der Regel kein Bauernsohn, wie der Pfarrer, sondern ein „Herrischer", ein Städtler, der „[illegible] auf's Land kommt, um sich auf Kosten der Bauern seinen Magen zu füllen".

Und was bietet diese theure Schule dem Bauer? Das erste, was ihm aufstößt, ist, daß sie ihn in der Verwerthung der Arbeitskraft seiner Kinder hindert. Und das verdrießt ihn, der versinkende Bauer klammert sich an den Strohhalm der Kinderarbeit, wie der Handwerker an die Lehrlingsausbeutung. Er erliegt der Konkurrenz des landwirthschaftlichen Großbetriebes, der Liechtensteine und Konsorten. Die Steuern bedrücken ihn immer härter, die Hypothekenzinsen steigen und der Ertrag seines Betriebes sinkt. Mit den Gemeindeweiden und Gemeindewaldungen hat er Viehweide und Streu verloren, bald mangelt ihm der Dünger und das Zugvieh. Weib und Kind werden eingespannt, und zwar nicht blos des Sommers zu landwirthschaftlicher Arbeit, sondern vor Allem zur Hausindustrie, die auch im Winter fortgeht, und deren „Segnungen" immer weitere Gebiete Oesterreichs heimsuchen.

Die achtjährige Schulpflicht erscheint da dem Bauer als ein Hinderniß in seinem Kampf um die Existenz. „Wie beschränkt!" ruft vielleicht Mancher. „Die höhere Intelligenz, die die achtjährige Schulzeit in den Kindern entwickelt, ist später um so förderlicher." Das mag wohl sein, aber nicht für den Bauernstand. Wer intelligent und energisch ist, bleibt heute selten im Dorf. Er zieht in die Stadt, die ihm bessere Aussichten bietet. Es ist eine bekannte Thatsache, daß heutzutage das flache Land immer mehr entvölkert, indeß die großen Städte immer größer werden. Das gilt bereits nicht blos für Europa, sondern sogar für den Osten der Vereinigten Staaten. Während im Westen Nordamerikas die vordringenden Farmer, um Land zu gewinnen, Wälder niederschlagen, den Bison und auch den Bisonjäger, den Indianer, ausrotten, verödet im Staate New-York das flache Land, die Farmen werden verlassen, die Wälder dehnen sich wieder aus und der Wildstand wächst. Vielleicht erleben wir's noch, daß die Reste der Rothhäute aus den Felsengebirgen in den Staat New-York versetzt werden!

Die Wanderung vom flachen Land in die Großstädte ist eine Nothwendigkeit für die kapitalistische Produktionsweise, für die Bourgeoisie. Die industrielle Arbeiterklasse erhält keineswegs einen Lohn, der ihre Reproduktion ermöglicht. Sie würde rasch aussterben ohne steten Zuzug vom Lande. Daher die Nothwendigkeit für die Bourgeoisie, gute Volksschulen nicht blos für Arbeiter- sondern auch für Bauernkinder zu haben. Denn wenn die Bauern ohne jede Schulbildung in die Städte zögen, wo sollte man verwendbare Arbeiter herbekommen?

Gute Volksschulen auf dem Lande sind also eine Lebensfrage nicht so sehr für den Bauernstand als für die Bourgeoisie. Die Kosten derselben hat aber diese fast völlig dem Bauernstand aufgehalst. Der Bauer hat mit seinem Geld Zinsen an den städtischen Wucherer (für die Anleihen zu Schulbauten) und den Gehalt an einen Schullehrer zu bezahlen, damit dieser Arbeiter für die Stadt großziehe.

Mit einem Wort, das heutige System der Aufbringung der Schulkosten bedeutet eine Ausbeutung des flachen Landes durch die Stadt, des Bauern durch den Bourgeois, indeß das heutige System der Aufbringung der Kirchenkosten eher das Umgekehrte bedeutet. Daher neigt der Bauer mehr zur Kirche als zur Schule.

Wollen die Liberalen dafür sorgen, daß die Neuschule die Sympathie des Bauern gewinnt, dann müssen sie dahin trachten, daß die Kosten für sie ebenso wie es für diejenigen Schulen bereits heute geschieht, in denen die Söhne der Bourgeoisie studiren — Mittel- und Hochschulen — vom Staat getragen werden, und daß jede Gemeinde eine gleich gute Schule erhält, ob sie arm oder reich sei.

„Das sind nicht etwa sozialistische Forderungen — die gehen um etwas weiter — das sind Forderungen, die die Liberalen im eigenen Interesse zu stellen hätten, um ihrer Schule die Sympathien des Landvolks zu gewinnen, um die Volksschule gegen alle Angriffe der Feudalklerikalen sicher zu stellen.

Es ist gar zu bequem, auf Kosten der Bauernschaft „aufgeklärt" zu sein. Ist es den Herren Liberalen wirklich so ernst mit der „Aufklärung", so mögen sie das durch die That beweisen, indem sie für sie zahlen.

Uebernahme der Kosten der Schule und der Lehrmittel durch den Staat und Aufbringung der nöthigen Summen durch eine progressive Einkommensteuer: wenn die Liberalen einen dahingehenden Antrag dem Liechtenstein'schen entgegensetzten, würden sie dem letzteren leicht den Wind aus den Segeln nehmen.

Die Arbeiterschaft kann in der Sache nichts thun als protestiren, Dank ebenfalls dem Liberalismus, der ihr das Wahlrecht verweigerte. Jetzt kommen die Sünden der Halbheit über sein eigenes Haupt!"

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 4. April 1888.

— Nun hat auch der von den deutschen Offiziösen in Aussicht gestellte **„Gnaden-Erlaß" Friedrich** III. das Licht der Welt erblickt, und wenn wir unser ehrliches Urtheil über denselben abgeben sollen, so müssen wir bekennen: wir sind zufrieden. Vollkommen und nach jeder Richtung hin zufrieden.

Wie wir im Prinzip über das Recht der Gnade und Amnestie denken, brauchen wir hier nicht erst des Längeren auszuführen. Es kommt bei Beurtheilung des vorliegenden „Gnadenerlasses" ja nicht unser Standpunkt in Betracht, sondern das, was bei den heutigen Machthabern Sitte und Gebrauch ist. Die Staatsoberhäupter haben einmal dieses Recht und es gilt oder galt bisher in monarchischen Kreisen für ein Anstandsgebot, bei gewissen Veranlassungen von ihm Gebrauch zu machen. Nicht daß von ihm Gebrauch gemacht wird, sondern wie von ihm Gebrauch gemacht wird, ist daher der Erörterung werth.

Friedrich III. hat es nicht für angezeigt erachtet, seinen Regierungsantritt durch eine allgemeine Amnestie zu feiern. Wen darf dies wundern? Amnestiren heißt vergessen, ungeschehen machen, hat also nur einen Sinn, wenn ein politischer Systemwechsel eintritt, durchgreifend genug, um die früher begangenen politischen Vergehen wirklich aufzuheben, wenn eine Versöhnung bisheriger Gegensätze in Aussicht steht. Ein solcher Systemwechsel ist aber, wie schon die ersten Regierungsakte Friedrich III. gezeigt haben, von ihm nicht zu erwarten. Der Mann, der in seinem ersten Erlaß von seinen Unterthanen statt von Staatsbürgern spricht, Standeserhöhungen ꝛc. ankündigen läßt, wird vielmehr stramm an seinen Gottesgnadenvorrechten und was damit zusammenhängt festhalten.

Nun sind zwar auch innerhalb der Schranken des bestehenden Systems Aenderungen von gewisser Tragweite denkbar, Aenderungen im Sinne einer freieren Gestaltung des politischen Lebens. Aber selbst wenn Friedrich III. als Kronprinz den Willen gehabt haben sollte, in diesem Sinne „liberal" zu regieren, so zeigt er als König und Kaiser, daß es ihm an der nöthigen Kraft fehlt, seinem Willen entsprechend zu handeln. Wie viel von diesem Mangel auf Rechnung seiner Krankheit kommt, wie viel auf seine individuellen Charaktereigenschaften, kommt hier nicht in Betracht. Wir haben es nicht mit dem Menschen, sondern nur mit dem Regenten zu thun. Die politische Persönlichkeit interessirt uns — daß Friedrich Wilhelm Nikolaus aus dem Geschlecht der Hohenzollern kein Menschenfresser ist, mag alte Weiber rühren, wir finden dabei nichts Außerordentliches.

Genug, — Friedrich III. hat noch nicht eine Regierungshandlung vorgenommen, welche einen irgendwie in Betracht kommenden Gegensatz zum System Bismarck erkennen ließe, wohl aber eine ganze Reihe solcher vollzogen, aus denen hervorgeht, daß das System Bismarck in der innern wie in der äußern Politik Preußen-Deutschlands auch unter ihm fortbestehen wird.

Wer sich darüber noch im Unklaren befand, sich noch in Illusionen über die Gestaltung der Dinge in Deutschland wiegte, den hat der am 1. April — Bismarcks Geburtstag — bekannt gewordene „Allerhöchste Gnadenerlaß" mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit eines Besseren belehrt.

Es werden laut ihm „in Gnaden erlassen":

Alle von einem preußischen Zivilgericht rechtskräftig erkannten Geld- und Freiheitsstrafen wegen

1) Majestätsbeleidigung und Beleidigung von Mitgliedern des Königlichen Hauses.
2) Verbrechen und Vergehen in Bezug auf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte (Sprengung gesetzgebender Körperschaften, Wahlfälschung, Wahlbeeinflussung, Stimmenkauf.
3) Widerstand gegen die Staatsgewalt und wegen folgender, unter der Rubrik Verletzung der öffentlichen Ordnung aufgeführten Vergehen: Hausfriedensbruch, Aufreizung, Mißbrauch der Kanzel gegen die Staatsgewalt, Herabsetzung von Anordnungen der Obrigkeit durch Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen.
4) Beleidigung von Beamten, Religionsdienern, Mitgliedern der bewaffneten Macht, Beleidigung des Reichstags oder sonstiger gesetzgebender, bez. politischer Körperschaften.
5) Vergehen gegen das Reichspreßgesetz und gegen das preußische Vereins- und Versammlungsgesetz.
6) Gewöhnliche Uebertretungen.
7) Sonstiger Vergehen, sobald die Strafe nicht 6 Wochen Freiheitsentziehung und 150 Mark Geldbuße übersteigt.

Auf den ersten Blick erscheint der Erlaß als ein ziemlich weitgehender — bei näherer Betrachtung stellt sich das Bild ganz anders dar. Wegen einer ganzen Reihe der oben aufgeführten Vergehen sind, wenn überhaupt je, in den letzten Jahren schwerlich Verurtheilungen erfolgt. So erinnern wir uns absolut keines Versuchs, „eine gesetzgebende Versammlung des Reichs zu sprengen" (§ 105 des Str.-G.-B.), und ebenso keiner Verurtheilung wegen Erörterung von Staatsangelegenheiten durch Geistliche von der Kanzel herab in einer „den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise". An Wahlfälschungen ꝛc. hat es zwar in den letzten Jahren kaum gefehlt, aber sie sind von Angehörigen der herrschenden Klassen verübt worden, und — wo kein Staatsanwalt ist, ist auch kein Richter.

Dagegen **fehlen** unter 3) zwei Paragraphen, wegen deren in den letzten Jahren **die meisten politischen Verurtheilungen** stattgefunden haben: **die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches,** die durch die famosen Reichsgerichtsbeschlüsse zu wahren politischen Mausefallen verinterpretirt worden sind. Die Opfer der schmachvollen „Geheimbunds"-Prozesse von Breslau und Posen, um nur die zu nennen, die den lautesten Protest der öffentlichen Meinung erregten, sind — übergangen. Ebenso ist keine Rede von Denen, die den Schlingen des schändlichen **Ausnahmegesetzes** zum Opfer gefallen.

Ueberzeugte Sozialdemokraten, sowie überhaupt die politische Opposition stellt dagegen zu den in den Gnadenerlaß einbezogenen Vergehen ein verschwindendes Kontingent. Sieht man sich z. B. die sogen. Majestätsbeleidiger näher an, so wird man finden, daß es fast ausschließlich Leute sind, die sich wenig oder gar nicht um Politik kümmern und daher auch nicht gewohnt sind, ihre Zunge im Zaume zu halten. Was das Strafgesetzbuch „Widerstand gegen die Staatsgewalt" nennt, wird in der Regel von Kutschern, Hausirern, Pflastertretern und dergleichen begangen, ernsthafte Politiker haben Besseres zu thun, als sich mit Schutzleuten zu raufen. Und so mit den meisten der im Erlaß aufgeführten Vergehen. Kurzum, der Gnadenerlaß hat eine Formulirung erhalten, welche die ernsthafte politische Opposition, **die Sozialdemokratie, fast ganz leer ausgehen läßt.**

Fern liegt es uns, darüber in Entrüstung zu gerathen. Wir konstatiren es nur, um die Situation zu kennzeichnen. Würde die Ruhe und Sicherheit des preußischen Staates im Geringsten gefährdeter sein als jetzt, wenn sich dem in Altona wegen Verbreitung des „Sozialdemokrat" zu 3½ Jahren Gefängniß verurtheilten Zigarrenmacher Kückelhahn, dem in Posen wegen Kandidirens zum Reichstag ꝛc. zu 3½ Jahren Gefängniß verurtheilten Buchbindermeister Janiszewski und ihren Mitgefangenen die Kerkerthüren öffneten? Kein Mensch wird das im Ernst behaupten wollen. Warum bleiben sie geschlossen? Weil das Gesetz bleibt, dem sie zum Opfer gefallen, weil die Praxis in der Handhabung des Gesetzes bleibt — mit einem Wort, **weil das System Bismarck bleibt.**

Die deutsche Reptilpresse will die Ausscheidung der „sozialdemokratischen Vergehen" aus dem Gnaden-Erlaß durch einen angeblichen Beschluß der Berliner Sozialdemokraten decken, jeden, der die Gnade annehme, aus ihrer Mitte auszuschließen. Das ist natürlich eine verlogene Ausflucht. Ein solcher „Beschluß" kann höchstens im Hirn eines Puttkamer'schen Lockspitzels, nie aber in den Kreisen vernünftiger Arbeiter gefaßt worden sein. Weiß doch jedes Kind, daß es bei generellen Gnadenerlassen überhaupt kein Annehmen oder Ablehnen gibt. Wahrscheinlich werden unsere Berliner Genossen jedes Einreichen von Gnadengesuchen perhorreszirt haben, und das würde allerdings den Beifall der Gesammtheit der Partei finden, wie es durch das, was er nicht einschließt, auch der Gnadenerlaß zugesteht: Die Sozialdemokratie bettelt nicht um Gnade, sie verlangt ihr **Recht.**

— **Der Kaiser ist todt — es lebe der Kaiser!** Wilhelm: Sozialistengesetz, Haussuchungen, Verhaftungen, Verbote, Spitzeleien, Ausweisungen. — Friedrich: Sozialistengesetz, Haussuchungen, Verhaftungen, Verbote, Spitzeleien, Ausweisungen. — Wilhelm war Friedrich, Friedrich ist Wilhelm!

Nun, unsere Genossen hatten es zumeist nicht anders erwartet. — Die armen Fortschrittler aber, die schon ein Regiment Richter gewittert hatten, laufen herum wie begossene Pudel und murmeln melancholisch: Wilhelm — Friedrich, Friedrich und Wilhelm — nach der Kladderadatsch-Melodie von Kunigunde und Eduard. — Die Polizei rächt sich für die Angst, welche sie nach dem Tode des alten Kaisers ausgestanden und entwickelt jetzt einen verdoppelten Eifer. Die letzten Tage haben uns wieder zwei Zeitungsverbote, zwei Dutzend Haussuchungen und drei bis vier Dutzend Verhaftungen gebracht — von kleineren Gewaltthätigkeiten und Maßregelungen gar nicht zu reden.

— **Der Mordspatriotismus in der Literatur.** Bis zu welchen Albernheiten der Nationaldünkel und Nationaldusel führt, der sich heute in Deutschland allenthalben breit macht, dafür fanden wir jüngst in einem Heft der „Westermann'schen Monatshefte", das uns zufällig in die Hände gerieth, ein drastisches Beispiel. In einem Artikel über David Fr. Grabbe (Mai 1887) geniert sich ein Mitarbeiter der genannten Zeitschrift, Namens Konrad Alberti, nicht, folgenden Satz vor aller Welt auszusprechen:

„Es schmälert Schiller's poetische Größe nicht, wenn man behauptet, daß die Schillerverehrung heute nicht, wie sie es wirklich ist, im langsamen Sinken begriffen wäre, falls er für seine Dramen nationale Stoffe gewählt hätte!"

Mit andern Worten: Schiller hätte es so machen sollen wie sein glücklicher Epigone Herr von Wildenbruch, dem es an „Verehrung" heutzutage ja bekanntlich durchaus nicht mangelt. Der Mann ist fast so populär, obwohl lange nicht so unterhaltend, wie die selige Mutter Birch-Pfeiffer. Das machen die „nationalen Stoffe". Schiller aber, dessen Stücke, wie der „Wallenstein", in Südafrika, oder wie „Kabale und Liebe" bei den Eskimo's oder wie die „Räuber" bei den Papua's spielen, der kann natürlich einen nationalen Deutschen des glorreichen zweiten Kaiserreiches nicht mehr begeistern. Gar nicht zu reden von seinem „Don Carlos", seiner „Maria Stuart", seiner „Jungfrau von Orleans", seinem „Wilhelm Tell". Wie konnte der Mann nur einen spanischen Prinzen, eine ultramontane, mit den Franzosen kokettirende Schottin, eine französische Bauernmagd und gar einen „meuchelmörderischen Schweizer" zu Helden von Dramen nehmen! Hätte Kaisertragödien schreiben sollen, wie der selige Raupach. Sind doch auch Shakespeares Hamlet, Othello, Lear, Romeo und Julie ꝛc. nahezu vergessen, während des Briten Königsdramen seinen unvergänglichen Ruhm ausmachen!

Was würde dem Engländer passiren, der eine gleiche Phrase, wie Herr Alberti über Schiller, über Shakespeare zum Besten geben wollte?

— **Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich** — heißt es in der von sämmtlichen Beamten des Landes beschworenen preußischen Verfassung. Darnach sollte man meinen, daß auch allen Preußen, die im Vollbesitze ihrer bürgerlichen Ehrenrechte und moralisch unbescholten sind, mindestens alle sogenannten freien Berufe gleichmäßig offen stehen. Das ist aber ein schwerer Irrthum. Was für den einen Preußen recht ist, ist für den andern — nicht billig. Man lese nur folgendes Aktenstück, welches der „Fränkischen Tagespost" jüngst aus Cottbus zur Veröffentlichung zugeschickt wurde:

„Cottbus, den 25. November 1887.

An
den Bezirksausschuß
zu
Frankfurt a. d. Oder.

Klage
der Polizeiverwaltung zu Cottbus
wider
den Konzipienten Robert Gley hierselbst
auf Untersagung des Gewerbebetriebs zum
Anfertigen schriftlicher Aufsätze.

Am 9. November 1887 hat der Tuchmachergeselle Robert Gley, am 4. September 1850 zu Wittstock geboren, hierselbst Mühlenstraße Nr. 351 wohnhaft, die Anfertigung von Schriftstücken und Ausführung von Rechtsgeschäften für Andere beim hiesigen Magistrat angemeldet und hat derselbe diesen Gewerbebetrieb aufgenommen. Es liegen nun gegen den ꝛc. Gley Thatsachen vor, die dessen Unzuverlässigkeit in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun, derselbe ist nämlich ein hier öffentlich bekannter Agitator der Sozialdemokratie, zu der er sich frei und öffentlich bekennt. Auch ist der ꝛc. Gley, wie das gehorsamst angeschlossene Strafregister ergibt, wegen Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel ohne obrigkeitliche Erlaubniß mit 15 Mk. Geldstrafe, event. 8 Tagen Gefängniß und wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz, Verbreitung verbotener Schriften mit 1 Monat Gefängniß und 6 Wochen Haft bestraft. Beide Strafen sind im Jahre 1886 gegen ihn verhängt worden. Auf Grund dieser Thatsachen sind wir gezwungen, im öffentlichen Interesse beim Bezirksausschuß klagend zu beantragen:

Dem Konzipienten Gley auf Grund des § 35 der am 1. Juli 1883 in Kraft getretenen Reichsgewerbeordnung für das Deutsche Reich, sowie des § 119 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 den in Rede stehenden Gewerbebetrieb betreffend die gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte, insbesondere der darauf bezüglichen schriftlichen Aufsätze zu untersagen.

Die Polizeiverwaltung:
gez. Dr. Mayer.

Also wegen zweier, rein politischer Vergehen untergeordnetster Natur beantragt der biedere Polizeimeister von Cottbus, einen sonst unbescholtenen Bürger für unzuverlässig im Sinne der Gewerbeordnung zu erklären, d. h. eine Maßregel zu verhängen, die von dem Gesetzgeber ausdrücklich nur mit Bezug auf Leute vorgesehen worden ist, die sich gemeiner Verbrechen schuldig gemacht oder gegen die sonst Thatsachen vorliegen, welche ihre Rechtlichkeit in Zweifel stellen. Und was thut der ehrenwerthe Bezirksausschuß? Weist er die mit dem Grundsatz der Gewerbefreiheit in strikem Widerspruch stehende Zumuthung mit Entrüstung zurück? O nein; er beschloß in seiner Sitzung vom 15. März „zu Recht", daß dem Verklagten der Gewerbebetrieb zu untersagen sei", und motivirte sein Urtheil damit, daß — man höre:

„. . . Der Verklagte thatsächlich „unzuverlässig" im Sinne der Gewerbeordnung sei, weil er die ihn besuchenden Personen stark beeinflussen könne, und er dadurch Gelegenheit hätte, noch mehr Anhänger der Sozialdemokratie zuzuführen!

Das nennt man Logik! Das nennt man Rechtsgefühl! Die „Unzuverlässigkeit" besteht darin, daß er seine Klienten — schädigen, zu leichtfertiger Klage veranlassen, belügen und betrügen könnte? Nicht doch, weil er sie — der Sozialdemokratie zuführen könnte!

Eine prächtige Entdeckung, diese Auslegung des Begriffs der „Unzuverlässigkeit". Wird von ihr in allen Fällen der richtige Gebrauch gemacht, dann ist ein neuer Weg gegeben, den edlen Zweck des „gemeingefährlichen Gesetzes": „Existenzen zu untergraben" auch auf dem Boden des gemeinen Rechts zu erreichen.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag.

— **Beschlüsse deutscher Republikaner in der Schweiz.** In Zürich haben fünfhundert Deutsche in einer Versammlung „angesichts der gefahrvollen Lage des Vaterlandes“ einstimmig eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, von denen wir die hauptsächlichsten hier folgen lassen:

„Gegen die dynastische Politik der deutschen Fürsten, welche schon so viel Unheil über Deutschland gebracht hat und jetzt im Begriffe steht, unabsehbares Elend, Schimpf und Schande heraufzubeschwören, ist der **bewaffnete Widerstand** des deutschen Volkes geboten“.....

...„In Uebereinstimmung mit der Volksversammlung zu..... erkennen wir in der **deutschen Republik** die einzig mögliche Beseitigung der beklagenswerthen und gefahrdrohenden Zustände und die sichere Anbahnung einer friedlichen Entwickelung der deutschen Nation zur Freiheit und Macht.“

„Die Grundrechte des deutschen Volkes und die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung bilden und verbürgen augenblicklich den einzig gesetzlichen Boden des deutschen Volkes.“

„Die Versammlung fordert das Volk in allen Theilen Deutschlands dringend auf, angesichts der jetzigen Gefahr und Noth überall in Stadt und Land zu politischen Vereinen zusammen zu treten und eine organisirte Volksbewaffnung in Angriff zu nehmen. Wir wollen hier hinter den Brüdern in Deutschland nicht zurückbleiben.“

„Sind diese Leute rasend?“ hören wir gewisse Heuler hier ausrufen. „Wie können sie den Schweizer Boden zu so unerhörten Anschlägen wider fremde Regierungen mißbrauchen? Das rechtfertigt die schärfsten Maßregeln gegen diese Hetzer, gegen diese Aufwiegler.“

Gemach! diese Leute sind durchaus nicht rasend, oder vielmehr sie waren durchaus nicht rasend, als sie die obigen Beschlüsse faßten. Sie riskirten nichts dabei, keine Ausweisung, keine Maßregelung. Im Frühjahr **1866** waren eben die Nerven noch nicht so zart organisirt wie heutzutage, und zur Beruhigung für die freiwilligen und bezahlten Angeber in Zürich und anderwärts sei bemerkt, daß die zitirten Beschlüsse bereits 22 Jahre alt sind.

Die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen. Wie gar manche von den Leuten, die damals offen zum gewaltsamen Sturz der deutschen Fürsten aufforderten, stimmen heute mit ein in das Geschrei über die aufreizende Sprache des „Sozialdemokrat“, und unterstützen die Forderung von Repressionsmaßregeln gegen denselben. Wo findet man aber in unserem Blatt, wo in irgend einer Publikation unserer Druckerei derartige Aufforderungen zu „Hochverrath und gewaltthätigem Umsturz“?

Je nun, wir vertreten auch die Interessen der Arbeiterklasse, und vor 22 Jahren war das Bürgerthum in der Opposition. Das erklärt alles.

— **Mit dem ganzen Dünkel eines deutschen Professors** zieht Herr Moritz Carriere in der „deutschen Revue“ in einem Friedensbrief an Ernst Renan über unsern Genossen Bebel her, weil derselbe im Reichstag wiederholt seine atheistische Gesinnung bekundet und zugleich auf eine Reihe von berühmten Staatsmännern, Philosophen 2c. als Gleichgesinnte in dieser Frage hingewiesen hat. „So will die Kleinheit“, zetert er, „sich groß machen, so brüstet sich die Unwissenheit oder die ebenso schlimme Halbbildung mit der vermeintlichen Weisheit der Thoren, die in ihrem Herzen sprechen: es ist kein Gott. Bebel weiß schwerlich viel von Platon und Aristoteles, von Leibnitz und Kant, von Keppler und Newton, aber begierig liest er die frechen und frivolen Deklamationen der Feuilletonisten, die seit Jahren die Volksseele vergiften.“

Die Berliner „Volkszeitung“ fertigt den zelotischen Pfaffen — Verzeihung, Professor, sehr treffend mit dem Hinweis auf die grauenhafte Unwissenheit ab, die Herr Carriere in eben demselben „Friedensbrief“ in Bezug auf die soziale Frage an den Tag legt. Der große Philosoph spricht da nämlich von den „Maßregeln des großen Kanzlers“ und meint: Wenn diese Versicherung gegen Unfall, Noth, Krankheit und Altersschwäche durch das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durchgeführt ist, hat die bestehende Gesellschaft Recht und Pflicht, jeden Angriff eines revolutionären Kommunismus, eines auf Umsturz des Staates sinnenden Sozialismus auch „mit Waffengewalt niederzuschmettern.“ Das tiefe Verständniß sowohl für die Wirkungen der großen Sozialreform — es blieb Herrn Moritz Carriere vorbehalten, in ihr auch eine Versicherung gegen Noth zu finden — als für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse wetteifert hier mit der nicht minder tiefen Geschichtsauffassung, die den Herren davon zu träumen erlaubt, eine Kulturbewegung wie die sozialistische „mit Waffengewalt niederzuschmettern.“

Doch lassen wir das. Was in dieser Hinsicht Herrn Carriere zu sagen ist, ist zum größten Theil in dem erwähnten Artikel der „Volkszeitung“ gesagt worden. Hier wollen wir eine andre Frage aufwerfen.

Herr Carriere eifert wider die „Thoren, die in ihrem Herzen sprechen: es ist kein Gott“. Wenn das ein Stöcker oder irgend ein römischer Pfaffe thut, so sind sie — wir wollen nicht sagen in ihrem Recht, aber wenigstens in ihrer Rolle. Sie stehen auf dem Standpunkt des Offenbarungsglaubens; was in den Evangelien steht, ist ihnen die absolute Wahrheit — das Wort Gottes. Herr Carriere aber glaubt ebensowenig als Herr Renan an die Unfehlbarkeit der Bibel, sie ist ihm Menschenwerk, der Bibelgott existirt nicht für ihn. Aber anstatt nun offen zu sagen: Wir wissen von keinem Gott und können von einem Gott nichts wissen, der Schöpfungsgedanke und der Gedanke eines die Geschicke der Welt und speziell der Menschen lenkenden Gottes ermangeln jeglicher wissenschaftlichen Grundlage und können daher unmöglich für mehr als für Produkte einer unentwickelten Erkenntniß der Welt und der Naturkräfte gelten, klügelt er sich einen Weltenschöpfer und Weltenlenker aus, der um kein Haar besser vor der wissenschaftlichen Prüfung besteht als der Offenbarungsgott, einen abstrahirten Gott, der sich nirgends offenbart als in den Werken des Herrn Carriere, einen Gott, der von allen Schlacken, die dem leiblichen Gott anhaften, befreit sein soll, der aber dem gesunden menschlichen Fühlen nach ferner steht als dieser, gerade weil er eine bloße Abstraktion, ein philosophisches Schattenbild ist.

Wir wollen nicht mit Herrn Carriere über „Halbbildung“ streiten, soviel steht aber fest: schlimmer als das mangelhafte Wissen ist das mangelhafte Wollen, das absichtliche Stehenbleiben auf halbem Wege. Und das ist das Charakteristikum seines „Theismus“. Für den satten Bourgeois eine Spielerei, wird er bei den Unterdrückten nie Eingang finden. Er befreit sie nicht, er tröstet sie nicht, er erhebt sie nicht, er nimmt ihnen den Himmel und gibt ihnen die Erde nicht — er ist, wenigstens in unsren Tagen, der Deckmantel aller Feigheit und Gesinnungslosigkeit. Und lieber ein „Halbgebildeter“, der ein ganzer Mann ist, als ein mit Gelehrsamkeit vollgepfropftes Mollusk.

— **Demokratischer Chauvinismus und Servilismus.** Wir hatten wiederholt Gelegenheit, uns mit der „Frankfurter Zeitung“ zu beschäftigen. Daß der Moniteur des Herrn Sonnemann in der Loyalitätsepidemie, welche jetzt in Deutschland herrscht, nicht seuchenfrei bleiben würde, das war zu erwarten. Freilich, die Inbrunst des Knechtsinns, welche sie bei dem Tode des alten Hohenzollernkaisers entwickelt, und die Eleganz, mit welcher sie die dicksten politischen Thatsachen wegeskamotirt hat, um mit dem verstorbenen Heldengreis Heroenkultus treiben zu können — diese Orgien der Servilität haben selbst in den philisterhaftesten Kreisen der Volksphilisterpartei Verwunderung erregt. Indeß, das sind Dinge, die man noch einigermaßen mit der herrschenden Drehkrankheit entschuldigen kann, welche ja bekanntlich ansteckend ist. Aber keinerlei Entschuldigung gibt es dafür, daß die „Frankfurter Zeitung“, die sich ein demokratisches Organ nennt, mit Sack und Pack in das Lager des Chauvinismus übergegangen ist, welcher im schroffsten Gegensatz steht zu jedem demokratischen Prinzip. Die „Frankfurter Zeitung“, die schon früher bedenkliche Anwandlungen von Franzosenfresserei hatte, macht jetzt systematisch in Franzosenfresserei und Chauvinismus, und schreckt bei Ausübung dieses traurigen Handwerks auch nicht vor den handgreiflichsten Lügen und gröbsten Geschichtsfälschungen zurück. So behauptet sie z. B. in ihrer Nummer vom 24. März, die Franzosen hätten Deutschland schon unzählige Male, die Deutschen Frankreich nicht ein einziges Mal angegriffen. Daß 1792 das durchaus friedlich gesinnte Frankreich von den Pillnitzer Verschwornen, in erster Linie den Preußen und Oesterreichern, angegriffen ward, und daß aus jenem Krieg die späteren Revolutionskriege und die Napoleonischen Kriege hervorgingen, d. h. mit anderen Worten, daß die Kriegsperiode von 1792 bis 1815 ganz wesentlich den reaktionären deutschen Fürsten auf's Kerbholz zu setzen ist — das schweigt die chauvinistische Frankfurterin todt.

Es zeigt sich hier so recht deutlich, wie viel ihre sogenannte „Demokratie“ werth ist. Schon der einfachste demokratische Instinkt müßte ihr sagen, daß der chauvinistische Haß gegen Frankreich die Basis der Reaktion in Deutschland bildet, und daß der Militarismus seine Existenzbedingungen selbst in den Augen des dümmsten Mordspatrioten verlieren würde, wenn die Behauptung, daß Frankreich Deutschland zu überfallen trachte, allgemein als Lüge erkannt wäre. Und das vorgebliche Organ der Demokratie verbreitet selbst diese Behauptung und fälscht in ihrem Dienst die Geschichte.

Da es sich um Thatsachen handelt, die in jedem Geschichtswerk verzeichnet sind, so kann das Gebahren der „Frankfurter Zeitung“ nicht auf Unwissenheit zurückgeführt werden, obgleich auch das keine Rechtfertigung wäre. Es ist Methode in dem Treiben. Die „Frankfurter Zeitung“ handelt mit vollem Bewußtsein. Sie ist in erster Linie Bourgeois- und Börsenorgan — das Politische ist nur Beiwerk, die Demokratie Sport, und — erst das Geschäft und dann das Vergnügen.

— **Polizeistaatliches.** In Deutschland herrscht der Polizeistab nicht blos von „Staats“wegen, er ist dem deutschen Philister sogar buchstäblich in Fleisch und Blut übergegangen. So ist z. B. in Bamberg eine Zeitung, zwar nicht von der Polizei, aber von ihren Gründern und Lesern verboten worden. Verboten in aller Form Rechtens. Und was das Interessanteste an diesem neuen Verfahren, — das Publikum, welches der Polizei diese Konkurrenz gemacht hat, ist — volksparteiliches Publikum. Das fragliche Blatt, das „Bamberger Journal“, war nämlich ein Organ der Volkspartei, und der Artikel, welcher die tapferen Herren Demokraten zum Entschluß gebracht hat, das Blatt eingehen zu lassen, weil es die „Partei“ diskreditirt habe — dieser Artikel ist eine sehr zahme Charakteristik des verstorbenen Kaisers, in der die badischen Heldenthaten ganz leicht angedeutet sind! So tief ist diese Volkspartei gesunken. Noch unter die Puttkamer'sche Polizei — denn diese hat das „Bamberger Journal“ nicht verboten — nicht einmal beschlagnahmt.

— **Gleiches Recht für Alle** im heutigen Klassenstaat, alias „Gleichheit vor dem Gesetz“. In den Berliner Zeitungen vom 30. März d. J. finden wir folgende zwei Justizfälle:

I. „Es muß ein ganz sonderbarer Zustand gewesen sein, in welchem der alte Rentier N. an einem Sonntage des Januar, Morgens gegen 7 Uhr, einen nach Moabit fahrenden Pferdebahnwagen bestieg. Er hatte die ganze Nacht mit guten Freunden durchzecht, war dann ein wenig in die Luft gegangen und ein gerade vorüberfahrender Pferdeeisenbahnwagen brachte ihn plötzlich auf die Idee, eine Frühfahrt nach Moabit zu machen. Er nahm in recht behäbiger Breite auf dem Hinterperron Platz und war nicht sehr angenehm überrascht, als ein während der Fahrt aufspringender Passagier Miene machte, auf dem noch nicht vollbesetzten Perron gleichfalls Aufstellung zu nehmen. Mit dem Ton eines Mannes, der in dieser Beziehung etwas zu sagen habe, herrschte der alte Herr den neuen Ankömmling wiederholt an, daß der Wagen besetzt sei, und als er damit kein Gehör fand, warf er den neuen Passagier mit einem heftigen Stoß vor die Brust einfach vom Wagen, so daß der Mann in weitem Bogen auf das Straßenpflaster fiel. Es ist ein wahres Wunder, daß derselbe nur mit einigen geringeren Verletzungen davonkam und nicht von einem dem Pferdebahnwagen folgenden Fuhrwerk überfahren wurde. Gegen Herrn N. aber wurde die Anklage wegen Körperverletzung mittelst einer das Leben gefährdenden Behandlung erhoben. Der alte Herr erklärte wiederholt, daß er gar nicht wisse, wie er zu dieser That gekommen sei und daß er die letztere tief bereue. Der Staatsanwalt glaubte ihm dies auch und beantragte deßhalb nur 14 Tage Gefängniß; das Schöffengericht entschied sich aber nach langer Berathung dahin, noch eine größere Milde walten zu lassen und verurtheilte den Angeklagten zu 150 Mk. Geldbuße, event. 15 Tagen Gefängniß.“

II. „Einen bemerkenswerthen Mangel an Muth förderte gestern eine Verhandlung vor der dritten Strafkammer am Landgericht I zu Tage. Der Schlächtergeselle Markeska besuchte mit seiner Braut ein Vergnügungslokal, in dem sich mehrere seiner Bekannten befanden. Einer der letzteren machte sich nun wohl etwas mehr mit der Braut zu schaffen, als es dem Markeska lieb war, so daß sich bald ein Wortwechsel entspann, in dessen weiterem Verlauf der letztgenannte ein Messer zog und drohte, seinen Gegner niederstechen zu wollen. Als dieser die blinkende Waffe erblickte, wendete er sich um, und obwohl er gar nicht verfolgt wurde, lief er so lange mit Windeseile davon, bis er zusammenbrach. Markeska, der gar nicht die Absicht gehabt hatte, zu stechen, lachte nicht wenig, doch wurde seine Heiterkeit unangenehm durch eine Anklage unterbrochen. Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängniß; ob der Angeklagte wirklich habe stechen wollen, müsse gleichgiltig bleiben, denn es genüge, daß bei dem Bedrohten Furcht erzeugt wird.“

Wir haben die beiden Notizen unverändert so wiedergegeben, wie die Lokalreporter sie geschrieben. Es sind sogenannte „geringfügige“ Fälle, und doch wie lehrreich! Ein roher Bursche, der ohne jegliche Provokation einen Menschen vom Wagen wirft, so daß es ein wahres Wunder zu nennen, wenn das Opfer des Bubenstreichs nicht Hals und Beine gebrochen, kommt mit einer verhältnißmäßig — d. h. für seine Verhältnisse — winzigen Geldstrafe davon.

Und ein anderer roher Bursche, der sich den, allerdings sehr unpassenden „Spaß“ macht, Jemand durch Ziehen eines Messers zu erschrecken, von dem Messer jedoch keinen Gebrauch macht, wird zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wenn I die Strafe von II erhalten hätte, und umgekehrt, so würde in den beiderseitigen Strafen vielleicht ein richtiges Verhältniß gewesen sein; aber so wie die Strafen gefallen sind, ist die Ungerechtigkeit eine flagrante, und springt auf den ersten Blick in die Augen.

Wie erklärt sich diese Justiz mit zweierlei Maß?

Nr. I war ein „Rentier“, also Mitglied der herrschenden Klasse! Nr. II war ein „Schlächtergeselle“, d. h. Arbeiter, und als solcher Mitglied der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse.

Das sagt Alles.

Und damit die Göttin der Gerechtigkeit nicht allein sei in der Bethätigung des Klasseninstinkts, helfen die braven Reporter ihr noch hübsch freundlich, indem sie den Namen des „Rentiers“ diskret verschweigen, den des „Schlächtergesellen“ aber rücksichtslos an den Pranger schlagen.“

— **Eine lehrreiche Erinnerung.** Die Thatsache, daß in New-York Herr **Karl Schurz**, der „Befreier Kinkel's“, sich dazu hergab, dem Mann die Gedächtnißrede zu halten, der Kinkel ins Zuchthaus geschickt, die Besten der Mitkämpfer Kinkel's gestandrechtelt hatte, ruft eine Reihe von Erinnerungen wach an die Umstände, unter denen die Befreiungsthat vor sich ging, und an die Folgen, welche dieselbe für diejenigen hatte, die nicht gleich Schurz so glücklich waren, ins Ausland zu entkommen.

Schurz war mit Empfehlungen an den Gastwirth Wilhelm Krause in Spandau gekommen, der ihn bei sich einquartirte, und ihm pro forma Arbeit bei einem Schlossermeister verschaffte. An dem zur Befreiung festgesetzten Abend lud Krause die Gefängnißbeamten 2c. zu einer heißen Bowle zu sich ein, Schurz achtete darauf, daß keiner der Kneipbrüder das Lokal verließ, während inzwischen Dr. Löwenstein und ein Gefängnißbeamter die Befreiung Kinkel's bewerkstelligten.

Zwischen 11 und 12 Uhr kommt ein Wagen angefahren und Krause sagt zu Schurz: „Schlosser, gehen Sie mal raus und sehen Sie, wer da ist.“

„Zwei Herren wünschen für sich und ihren Kutscher ein Glas „Warmes.“

„Hier nehmen Sie drei Gläser und sagen Sie, weil heute mein Geburtstag ist, nehme ich von Niemand Bezahlung.“

Im Wagen waren Professor Kinkel und Dr. Löwenstein. Noch in derselben Nacht kam Kinkel glücklich über die mecklenburgische Grenze und einige Tage darauf nach England.

Im Jahre 1851 kam vor dem königlichen Kammergericht zu Berlin der Prozeß gegen Dr. Löwenstein und Genossen wegen Befreiung des Hochverräthers Kinkel zur Verhandlung. Angeklagt waren Dr. Löwenstein, der Gefangenenwärter und der Gastwirth Krause. Schurz war glücklich nach England geflüchtet.

Als der Präsident frug: Sind Sie der Gastwirth Wilhelm Krause? antwortete dieser:

„Ja, Herr Präsident, das bin ich.“

Sie sind angeklagt, Beihilfe zur Befreiung des Kinkel geleistet zu haben, und namentlich den angeblichen Schlossergesellen stud. phil. Karl Schurz, längere Zeit beherbergt, ohne ihn polizeilich gemeldet zu haben.

„Det stimmt Allens, Herr Präsident, aber ich muß Ihnen dabei eene kleene Geschichte erzählen. Es mögen jetzt so stiekener drei Jahre her sin, da kam eene Nacht, es war sone recht stürmische Märznacht, eene Kutsche vorjefahren un raus stiegen zwei Herren un frugen mir, ob sie bei mir übernachten können. Ick sage ja, un wollen Se mir jefälligst Ihre Papiere jeben. Is nich nöthig, sagt der eene Herr, mein Name ist von Brandt, Sie brauchen uns nich melden. Ick kannte ihn wohl, et war, meine Herren, der Prinz von Preußen. Wat meenen Se wol, wat det Volk von Spandau mit dem jemacht hätte, wenn ick ihm jemolden hätte. Na ick dachte, wat Herrn v. Brandt recht is, is dem Schlosser Schurz billig.“

Dr. Löwenstein und der Gefangenenwärter wurden zu je 20 Jahren Zuchthaus verurtheilt und Krause als unzurechnungsfähig aus der Haft entlassen.

„Dr. Löwenstein starb im Gefängniß“, schreibt die „New-Yorker Volks-Zeitung“, der wir diese Erinnerung entnehmen, „Krause ist todt und Karl Schurz hält die Gedächtnißrede für den „Prinz von Preußen“.

Das kennzeichnet den Mann. Kinkel hat später im Exil auch manche „Wandlungen“ durchgemacht, aber zu solcher Gesinnungsl—osigkeit hätte er sich schwerlich herbeigelassen. Uebrigens sei bemerkt, daß Herr Karl Schurz später im Auslande zu den Exzrevolutionären gehörte, welche gegen Marx hetzten und intriguirten, weil er sich auf die Revolutionsmacherei nicht einließ. Wie hat Herr Schurz den Titel, den ihm Marx damals beilegte, doch gerechtfertigt!

„Was Herrn von Brandt recht ist, ist dem Schlosser Schurz billig“ — diese schlichten Worte des „unzurechnungsfähigen“ Gastwirths kann man gewissen Leuten nicht oft genug ins Gedächtniß zurückrufen. Sie gelten natürlich auch in umgekehrter Satzfolge. Aber der einstige Flüchtling gehörte noch am Abend seines Lebens zu Denen, die unbarmherzig exilirten, und der mit von ihm Exilirte feiert heute sein Gedächtniß.

Wo ist das Schamgefühl geblieben?!

— **Zu wessen Gunsten?** Eine Spitzelkorrespondenz, welche vom „Frankfurter Journal“ aus die Runde durch die deutsche Kartellpresse macht, gibt sich gewaltig Mühe, dem Anarchismus auf den Strumpf zu helfen, und da mit dem Bischen wirklichen Anarchismus, der noch hie und da in vereinzelten Exemplaren zu finden ist, absolut kein Aufhebens zu machen ist, so werden Anarchisten erfunden. So heißt es u. A.:

„Außerordentlich bezeichnend ist es nun, daß der Züricher „Sozialdemokrat“ nach Lahmlegung dieser Konkurrenz den Anarchisten gegenüber sofort eine veränderte Haltung annahm; es scheint nämlich ein Kompromiß zwischen beiden stattgefunden zu haben, wenigstens steht fest, daß sich in Zürich bereits eine anarchistische Gruppe gebildet hat, welche den Import revolutionärer Brandschriften nach Oesterreich systematisch betreibt. Auch in Deutschland scheint man sich den gegenseitigen Besitzstand garantirt zu haben, wenigstens ist nachgewiesen, daß die ohnlängst in Baden massenhaft verbreiteten anarchistischen Flugblätter in Zürich das Licht der Welt erblickt haben. Ganz ohne Rückhalt ist auch das Bruderorgan des „Sozialdemokrat“, welches in derselben Züricher Druckerei hergestellt und von demselben Redakteur geleitet wird, in das anarchistische Lager übergegangen; unter Anderem veröffentlichte ersteres anläßlich der Hinrichtung der Chicagoer Anarchisten ein mit schwarzem Rande versehenes Blatt, in welchem diese verherrlicht wurden. Auch mehrere Führer der Sozialrevolutionäre in der Schweiz, z. B. der aus Deutschland ausgewiesene „Schriftsteller“ Kahler und ein in Basel ansässiger Tischler Namens Guthmann, der mit der Züricher Leitung bitter verfeindet war, sind wieder zu Ehren angenommen worden. Dieser Umschwung ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß die radikale Partei in kategorischer Form die Einstellung jeglicher Feindseligkeit zwischen den beiden „sinnesverwandten“ Richtungen forderte. In ganz gleicher Weise war bereits vor Jahresfrist dem „Berliner Volksblatt“ jede Polemik gegen Most untersagt worden. Um nun diese veränderte Situation und die bevorstehende neue „sozialrevolutionäre Aera“ der Agitation, zu welcher im Interesse der Selbsterhaltung von Zürich aus gegriffen werden mußte, vor den Augen der eidgenössischen Polizei thunlichst zu verbergen, mußte die Ehrenberg-Affäre inszenirt werden. Wir zweifeln, daß es den Herren gelingen wird, in Deutschland — abgesehen von einigen vorgeschrittenen freisinnigen Zeitungsredaktionen — Jemandem Sand in die Augen zu streuen.“

Man kann hier wirklich sagen, Satz für Satz unverschämt erlogen. Aber nebenbei auch sehr dumm erlogen, denn die Unwahrheit jeder einzelnen dieser Behauptungen läßt sich fast dokumentarisch nachweisen. Wir haben jedoch dazu heut weder Raum noch Veranlassung, aber die Frage wollen wir aufwerfen: Zu wessen Gunsten wird das alles gelogen? Und wenn wir da nach dem alten Grundsatz verfahren, „ipso facit cui prodest“ — der hat es gethan, dem es nützt, bezw. dem es nützen soll, so müssen wir zu dem Resultat kommen, daß hinter dem Verfasser der Notiz kein anderer als ein sehr intimer, wenn auch entsetzlich tölpelhafter Freund des biederen — Ehrenberg zu suchen ist.

Und nun verstehen wir auch, warum der Name des „Bruderorgans“ des „Sozialdemokrat“, das in's anarchistische Lager übergegangen sein soll, so wohlweislich verschwiegen wird. Je unbestimmter die Denunziation, um so schwerer ist der Urheber zu fassen. Immerhin wollen wir den Versuch machen und richten daher an die Redaktion des „Frankfurter Journal“ die höfliche Bitte, ihren Korrespondenten aufzufordern, den **Namen** dieses unseres anarchistischen „Bruderorgans“ zu nennen. U. A. w. g.

— **Stimmt.** Was des neuen Kaisers Verhältniß zur deutschen Sozialdemokratie betrifft — schreibt die „Newyorker Volkszeitung“ — so wird Friedrich III. bald finden, daß der Ausspruch, den er vor einigen Jahren mit Bezug auf dieselbe that, durchaus korrekt ist. Wie die deutschen Zeitungen nämlich vor Kurzem, da angesichts der schweren Krankheit des damaligen Thronfolgers zahllose Anekdoten über ihn auftauchten, erzählten, hatte „Unser Fritz“ vor ein paar Jahren sich in einer kleinen westphälischen Landstadt mit einem ehrsamen Schuhmacher, in dessen Werkstatt er auf die Erledigung eines kleinen Auftrags wartete, in ein Gespräch eingelassen. Der Kronprinz fragte den Schuhmachermeister, weßhalb er sich nicht ein paar Gesellen halte, da er doch offenbar gute Geschäfte mache. „Ja, kaiserliche Hoheit“, — erwiderte der westphälische Berufsgenosse Hans Sachsens, — „die schlechten Gesellen kann ich nicht brauchen, und die guten sind in unserer Gegend sämmtlich Sozialdemokraten, und mit denen kann unser Einer nicht fertig werden.“

„Unser Einer auch nicht,“ antwortete sehr ernst „Unser Fritz“.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion versendet das nachstehende Zirkular, das wir, weil auch für weitere Kreise von Interesse, hiermit zur Kenntniß unserer Leser bringen:

Anfang März 1888.

Wir theilen unseren Parteigenossen hierdurch mit, daß für Unterstützungszwecke von Anfang Dezember 1887 bis Ende Februar 1888 folgende Beiträge bei uns eingegangen sind:

Von Berliner Buchdruckern Mk. 100 —, aus Osnabrück 30 —, aus Greiz 15 —, Halle 100 —, Augsburg 40 —, Weimar 15 —, Berlin Ung. 5 —, Pegau 10 —, Berliner Buchdrucker 100 —, S. Frohburg 8 —, Reichenbach i. V. 25 —, 19. Wahlkreis Sachsen 30 —, Oberlungwitz 6 —, Jena 150 —, Görlitz d. K. 40 55, Sommerfeld 6 —, Dr. W. in B. 10 —, Karlsruhe 20 —, Iserlohn 10 —, Untergrün bei Iserlohn 10 —, Braunschweig 50 —, Ronsdorf 50 —, Ohlau 8 10, Hannover 100 —, Hamburg 1000 —, H. a. Metz 31 20, Wiesbaden 33 60, Bukarest 80 —, E. durch L. im Schwarzwalddorte 20 —, Apolda

10, Marburg 5 —, G. v. B. Dresden 50 —, R. K. Berlin 2 —, B. K. Weyer 30 —, A. B. Guben 12 —, Reviges 20 —, Hannover 150 —, Eulenspiegel-Bernburg 50 —, Zeitz 20 —, W. Penzlin 5 —, Dresden 150 —, Neustadt-Dresden 100 —, B. Dresden 20 —, M. Paris 400 —, Höhscheid 41 —, Dorp 42 —, Burscheid 6, Wilhelmshaven 75 —, Potsdam 36 50, Brandenburg 21 —, Braunschweig 35 —, Bamberg 33 —, Velten 6 50, Neumünster 41 90, Halberstadt 5 —, Düsseldorf 8 —, Hof 12 50, Crimmitschau 10 50, Fürth 15 —, Stuttgart 86 —, Würzburg 15 90, Zittau 25 75, Nordhausen 15 90, Crefeld 12 50, Flensburg 15 90, Itzehoe 54 20, Chemnitz 51 —, Velten 76 20, Nordhausen 26 —, Dresden-N. 40 —, Würzburg 23 06, Mannheim (1) 30 —, Kaufbeuren 15 —, Bamberg 10 —, L. München 25 —, Bayreuth 10 53, G. W. in Porto Allegre 5 —, Hohenstein i. S. 25 —, Dessau 65 —, Fürth 25 —, Nürnberg 320 —, Mariendorf b. Berlin 5 50, Nordhausen 10 50, Hagen 7 50, Kiel 31 —, Halle 15 —, Neumünster 15 50, Ronsdorf 100 —, Frankfurt a. M. 15 90, Zwickau 38 —, Hohenstein-Ernstthal 89 50, Durlach 25 —, Weißenfels 10 50, Eßlingen 5 50, Halberstadt 10 50, Wilhelmshaven 200 —, Velten 20 —, Augsburg 24 30, Cottbus 16 50, Ludwigshafen 12 50, Köln a. Rh. 81 80, Frankfurt a. O. 33 —, Potsdam 36 —, Velten 30 —, Elberfeld 53 60, Osterode 20 —, Aachen 5 50, Merseburg 5 50.

Nachzutragen vom vorigen Jahre sind: Aus Wermelskirchen Mk. 25 —, aus Ronsdorf 50 —, welche an Hasenclever gesandt wurden.

Für den Reichstagswahlfond: R. O. Mk. 700 —, Greiz 10 20, Hamburg 1000 —. Vom lieben Theodor: Pulver für die nächste Wahlschlacht 751 75. Aus Nirgendheim als Antwort auf den Beschluß des Reichstages, die fünfjährige Wahlperiode betreffend 7500 —. R. O. nochmal 3000 —, damit es für die nächste Wahlschlacht langt. Hannover 100 —.

Im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion:

A. Bebel. C. Grillenberger. H. Meister. P. Singer.

* * *

Für Hasenclever und seine Familie gingen ein bis einschließlich zweiten März:

Aus Zeitz d. P. Mk. 5 —, Weimar 15 —, O. Frankfurt a. M. 20 —, C. S. Tischler, Berlin 11 10, Reichenbach i. V. 50 —, Oberlungwitz 6 —, Gera 33 85, B. Dresden 30 —, Halle a. S. 50 —, D. Leipzig 15 —, P. A. Jena 150 —, Apolda 10 —, Forster Genossen 50 —, A. N. Berlin 100 —, E. K. Weyer 30 —, C. S. Tischler, Berlin 10 80, A. Tr. 20 —, M. Danzig 100 —, Plauen i. V. 15 —, A. B. Pl. b. Dresden 15 —, Dr. J. Berlin 10 —, Fr. T. Berlin 10 —, Dr. Chr. Berlin 10 —, Dr. W. Berlin 10 —, Karlsruhe 50 —, Köln a. Rh. 100 —, Iserlohn 25 —, Braunschweig 50 —, F. R. pr. Tr. 20 —, H. Fr. Berlin 20 —, Verein der Schneider, Stettin 5 —, B. Stuttgart 20 —, Friedrichshagen 54 10, Hennis (598) 12 75, G. P. 10 —, W. Hamburg 100 —, H. E. Ronsdorf 50 —, M. B. Berlin 10 —, H. Kl. 14 25, Langenberg i. Schl. 15 —, R. O. 500 —, Bremen 50 —, Achim 40 —, Ohlau 10 —, Fr. M. Berlin 30 —, Br. Breslau 100 —, Braunschweig durch K. 100 —, L. S. Frankfurt a. M. 40 —, C. W. Hamburg 20 —, Ung. Hamburg 20 —, Berlin (506) 6 45, Braunschweig d. K. 200 —, Solingen 65 50, Gräfrath 20 —, Hartha 50 —, vom „Wähler" Leipzig 6 50, G. v. B. Dresden 30 —, Ung. p. Tr. 7 60, P. S. Berlin 5 —, P. B. Berlin 2 —, Ungenannt Mannheim 5 —, Offenburger Nachrichten 28 —, E. F. 4 —, P. K. (870) Schwedt 39 05, K. N. (654) 32 55, Offenbach a. M. 100 —, A. B. Guben 8 —, G. Greitz 51 40, Gotha 25 —, 16. sächs. Wahlkreis 100 —, Gornsdorf i. Erzgeb. 5 —, Kölnische Pfeife 10 —, Hückeswagen 10 —, Lübeck 240 —, Süchteln 12 —, Reviges 15 —, Seescheid bei Wermelskirchen 18 30, Hannover 100 —, Winsen a. d. Luhe 10 —, Ksb. Hamburg 16 —, L. in Wandsbeck 20 —, Altona 30 —, H. M. (395) 16 95, Ungenannt 8 —, Verden i. H. 74 35, Dresden-Neustadt 50 —, Die rothen Teufel in Dresden 50 —, W. B. Düsseldorf 100 —, Kappel bei Chemnitz 70 —, Landkreis Köln 70 —, Dresden-Altstadt 150 —, Pirna 10 —, Glauchau 50 —, Döbeln 30 —, Pegau 41 —, Görlitz d. K. 32 50, Hannover 100 —, Wermelskirchen 14 —, Mühlheim a. Rh. 10 —, Lüdenscheid 50 —, Tockstiegen bei Lennep 13 —, Eisenach 6 —, Greifenhagen 10 30, Lauenburg a. E. 20 —, R. Sch. 8 —, B. H. Friedrichshagen 5 50, N. K. Zeulenroda 62 —, H. S. Sorau 15 —, F. K. Rostock 146 75, Von Fürther Demokraten 100 —, K. München 20 —, Kaufbeuren 16 —, L. München 25 —, Königsberg i. Pr. 50 —, Bamberger Demokraten 15 —, Hof 15 —, St. in Hof 6 —, Schwabach 15 —, Zittau 10 —, K. Würzburg 16 —, ditto 2 —, Erfurt, „die Königstreuen" 12 —, Schaidt (Pfalz) 1 —, Spremberg 50 —, L. Bamberg 25 —, C. Bamberg 5 —, H. A. München 45 —, Salzungen 10 —, Coswig 12 —, Iserlohn 7 30, Merseburg 13 —, Crefeld 12 50, Nordhausen 27 —, Erfurt 20 —, Schney 8 70, Celle 21 60, Landshut 4 80, Halberstadt 100 —, Frankfurt a. O. 20 —, Nürnberg durch G. 210 —, ditto 64 05, ditto 11 —, B. Nürnberg 10 —, Stein bei Nbg. 13 —, Schweinau 33 45, Glaishammer 23 15.

Im Ganzen sind bis einschließlich 2. März eingegangen:

Mk. 5808 60.

Ueber die bei uns erfolgten Eingänge wird demnächst quittirt. C. d. S.

Das Glück der Armuth.

Eine Antwort auf die Phrase, daß die Armen doch glücklich sein könnten.

Wenn der Sturmwind durch die Mansarde pfeift,
Und durch die Decke der Regen träuft;
Wenn die Blumen der Kälte die Wände zieren,
In mageren Betten die Leiber frieren —
O blühendes Glück, o süße Pein,
Wie kann man doch selig in Armuth sein!

Wenn in Kellerwohnungen dumpf und feucht
Der tückische Typhus die Opfer beschleicht;
Wenn glühend die Augen, und auf den Wangen
Die wilden Rosen des Fiebers prangen —
O rührende Freude, o köstliches Stroh,
Wie lebt doch die Armuth vergnüglich und froh!

Wenn ein Kind des Volkes vom Nordwind umweht
Und hungernd am Fenster des Fleischers steht;
Wenn aus den dampfenden Küchen der Reichen
Die Düfte ihm süß um die Nase streichen —
O herrliche Freude, o reizende Noth,
Wie schmeckt doch so lecker der Armuth Brod!

Wenn ein Kind des Volks, von der Armuth verdingt,
Die Jugend in düstrer Fabrik verbringt,
Von der Fuchtel umsaust und vom Staub umgrauet
Umsonst nach dem Sonnenschein draußen schauet —
O, herrliche Freude so lieblich und süß
Wie ist doch die Armuth ein Paradies!

Wenn an Füßen kalt, ob der Kopf auch glüht
Im kahlen Zimmer der Denker sich müht,
Wenn sein Genie in Entwürfen schäumet
Und der Leib sich in schwarzem Hunger bäumet —
O, treffliche Freude so zauberisch,
Wie sitzen die Armen doch froh um den Tisch!

Wenn des Armen Tochter, vom Hunger gequält
Den eignen Körper hingibt für Geld,
Wenn ihrer Unschuld rosige Reinheit
Verdirbt an des reichen Wüstlings Gemeinheit —
O, herrliche Freude, so lieblich und süß
Wie ist doch die Armuth ein Paradies!

Wenn beim Hungerlohn darbt die Nähterin,
Um zu schaffen dem Kaufmann reichen Gewinn,
Wenn sie verlöscht in der Jugend Glanze
Eine arme gedrückte Stubenpflanze —
O blühendes Glück, o süße Pein,
Wie kann man doch selig in Armuth sein!

Aufgepaßt!

Die **Zürcher Hafner** befinden sich mit ihren Meistern in Lohndifferenzen und bitten, **Zuzug nach Zürich fernzuhalten.**

Warnung.

Wir warnen hierdurch nachdrücklichst vor dem gelernten Schriftsetzer und Buchhändlergehilfen

August Steinbrecher aus Darmstadt,

als einem gemeinen Polizeispitzel und Denunziant, der im Dienste der Polizei steht und nebenbei ein Schwindler und Betrüger ist. Derselbe gibt auch an, 5 Jahre im Brockhaus'schen Verlag thätig gewesen zu sein.

Signalement: Alter 23—24 Jahre; hellblondes und starkes Kopfhaar, Anflug eines Schnurrbartes; Augen grau, konstisirbares Gesicht; Mund gewöhnlich, Unterlippe etwas gespalten; stolzes Auftreten, sucht zu imponiren. Besondere Kennzeichen: bei der geringsten Aufregung zeigt sich auf der Mitte der Stirne eine bläuliche Beule, welcher Umstand ihn auch vom Militär befreite; spricht mit Vorliebe sächsischen Dialekt.

Sein Hauptheld war seither Darmstadt, Frankfurt, Mainz, Heidelberg — also Vorsicht.

Die rothe Wacht am Strand der Darm.

Partei-Archiv.

Für das Parteiarchiv ersuchen wir um Zusendung von Einzelnummern und ganzen Jahrgängen von

Gewerkschaftsblättern,

die vor Erlaß des Sozialistengesetzes in Deutschland erschienen.

Ebenso erbitten wir Programme, Statuten, Flugblätter, Zirkulare u. s. w., die auf die Gewerkschaftsbewegung jener Zeit Bezug haben.

Auch Einzelnummern, resp. ganze Jahrgänge des

„Volksstaat"

sind erwünscht.

Die Verwaltung des Parteiarchivs.

Briefkasten

der Redaktion: Briefe und Einsendungen 2c. sind eingetroffen aus Crimmitschau, Leipzig, Mailand, Paris, Roubaix. — Jakob: Gedicht erhalten. — L. Biereck in München: Wir haben, trotz aller gegentheiligen Erklärungen, von unsrer Notiz, daß die „Münchener Post" mit volksparteilichem Gelde gegründet worden, nichts zurückzunehmen. Die Thatsache ist uns, unter Bezeichnung der dabei betheiligten Personen, von absolut zuverlässiger Seite verbürgt. Also nur keine Silbenstecherei!

Für die Denkschrift erhalten: Einsendungen aus Guben, Limbach.

der Expedition: Dtschr. Ver. Genf: Fr. 54 — Ab. 4. Qu. erh. u. Fr. 50 — a. d. Bbhdg. abgkrt. — Anton: Mk. 7 50 à Cto Ab. 1. u. 2. Qu. u. Schft. erh. Adr. abgelöst. Bstllg. folgt. — Steineiche: Mk. 100 — a Cto Abon. 2c. erh. u. Mk. 49 86 pr. Sgrch. gutgebr. Bstllg. folgt. Beil. besorgt. Dank f. Mittlg. v. 21/3. u. Gruß! — Bsch.: Mk. 14 70 Ab. 2. Qu. erh. Bfe. v. 27/3. kreuzten. Gute Verrichtung zu O. — -er-: Mk. 18 — Ab. 2. Qu. 2c. erh. Weiteres vorgem. Warum nennen Sie den Betreffenden nicht? Gewünschtes später. — C. S. B.: Mk. 4 30 Ab. 2. Qu. erh. Adr. geordn. — Ver. Vorwärts Richmond-Melbourne: Pfd. St. 6 — Sammlung der Genossen, dtschr. Landsleute und einiger Engländer, nebst Pfd. St. 2 — Zuschuß a. d. Vereinskasse, i. Sa. Fr. 200 30 pr. Ufd. f. d. Ausgewiesenen, resp. deren Familien dkd. erh. Weiteres nach Vorschrift besorgt. — G. Schle. Melbourne: (Mk. 25 —) Fr. 31 10 à Cto Ab. 1. Qu. 2c. erh. Bstllg. folgt. Bfl. mehr. — F. Hi. Bäl.: Fr. 1 — f. Schft. erh. — Rothe Wanze: Mk. 1 — Ab. pr. 1. April erh. — Clara: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. Sch. erh. Adr. eingereiht. — J. P. Cz.: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. erh. Adr. notirt. — A. L. F.: Mk. 4 40 Ab. 2. Qu. Ke. erh. Getrennt ist besser. Ankunft d. Sdgn. dorten abwechselnd früher oder später. — Sperber: Mk. 10 — a Cto. Ab. 2c. erh. K. gelscht. Bfl. mehr. — T. v. M.: Mk. 4 — à Cto Ab. 2. Qu. erh. Abermals fehlen 40 Pf., da Mk. 4 40 zu zahlen sind. Bstllg. 2c. folgt. Adr.-Irrthum in Zwischenhand. — O. R. C.: Mk. 4 50 Ab. 2. Qu. erh. — Oncel: Mk. 8 20 dir. Abon. 2. Qu. 2c. erh. Bfl. Weiteres. — Rother Franz: Alles erh. Beabsichtigtes halten auch wir in Ihrem Interesse für praktisch. Gruß. — Ch. Shm. Cincinnati: Bstllg. folgt. Weiteres stimmt. — Mucki: Bfe. v. 29/3. kreuzten. Neue Adr. notirt. Betreffender kommt nicht hierher, also nicht zu halten. Bfl. mehr. — Muth u. Kraft: Adr. u. Bstllg. notirt. Näheres betr. St. erwünscht. Bfl. Weiteres. — Rthr. Geldsack: Bstllg. v. 29/3. notirt. Adr. gelscht. — Rothes Häuflein: Lbb. folgen. Adr. u. Bstllg. notirt. — St. Roman: Mk. 300 — à Cto Ab. 2c. pr. Ag. erh. — U. F. G.: Adr. wieder eingereiht. Bfl. kam früher, da zufällig anderwärts draußen disponibel. Weiteres folgt. — F. G. Ghn.: Mk. 10 — pr. Ab. 2. und 3. Qu. erh. Ihnen gutkommend pr. 4. Qu. Mk. 1 20. Im Uebrigen ist mit Gh. W. nicht zu spaßen. — Anna: Bwfl. 10 — Ab. pr. 88 und hiervon 50 kr. à Cto 1. Qu. 89 erh. — Dr. K. Tübingen: Fr. 3 50 Ab. 2. Qu. erh. — Marius: Fr. 4 38 Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Bfl. Weiteres. — A. Misani B.-Aires: Fr. 2 50 Ab. 2. Qu. pr. B. St. G. erh. — R. H. Lyon: Fr. 3 15 Ab. 2. Qu. u. Schft. erh. Bstllg. u 7 abg. Fr. 2 50 pr. Ufds. dkd. verm. — G. B. Verviers: Fr. 2 50 Ab. 2. Qu. erh. — D. Alte v. Berge: Fr. 2 — Ab. 2. Qu. erh. — H. G. O'lbn.: Mk. 15 — pr. Ab. 1/4. 88—1/4. 89 u. 1. Expl. 2. Qu. 88 separat erh. — G.-Ku.-Bu.: Mk. 4 40 Ab. 2. Qu. erh. — Veilchenstein: Mk. 300 — à Cto Ab. 2c. erh. Warum kein Wort von der Hauptsache?! — J. B. Rfa.: Mk. 3 — Ab. 2. Qu. erh. — Hansen: Mk. 8 40 Ab. 1. Qu. H. M. erh. Bfl. Weiteres. — Dreifuß i. L.: Adr. geordn. — Hannibal: Adr. Betreffds. 2c. notirt u. besorgt. — Bsch.: Beide †bdr. v. 31/3. erh. Der Schrgr. scheint im Kopf nicht recht sauber. Weiteres bfl. —

Anzeigen.

Zur Beachtung.

Meine Adresse ist wieder:

F. A. Sorge, Hoboken, New Jersey.

Durch Unterzeichnete ist zu beziehen:

Robert Blum.

Eine biographische Skizze.

Preis: 50 Cts. (40 Pf.)

Diese Schrift gibt eine eingehende Schilderung der Februar-Revolution in Paris und der Märzkämpfe in Berlin. Wir empfehlen dieselben allen Genossen auf's Angelegentlichste.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen:

Volksbuchhandlung
and
Expedition des „Sozialdemokrat".
Hottingen-Zürich.

Vorwärts.

Liederschatz für Männer-Gesangvereine.

Lieferung I. Die Weber (H. Heine) von W. Gundlach.
Das rothe Banner (H. Binder) von C. Mayer.
Preis: Partitur Fr. 5 — (Mk. 4 —).
„ Stimmen „ 4 — „ 3 20.

Lieferung II. Aufnahmelied (C. Sahm) von Carl Sahm.
Trinklied (C. Sahm) von Carl Sahm.
Preis: Partitur Fr. 4 — (Mk. 3 20).
„ Stimmen „ 3 — „ 2 40.

Lieferung III. Vor dem Sturm (R. Prutz) von A. Eberhardt.
Das freie Wort (G. Herwegh) von A. Eberhardt.
Preis: Partitur Fr. 6 — (Mk. 4 80).
„ Stimmen „ 4 — „ 3 20.

Lieferung IV. Schlaf in Frieden (C. Friedrich) von W. Gundlach.
Preis: Partitur Fr. 4 — (Mk. 3 20).
„ Stimmen „ 2 50 „ 2 —.

Komponisten, welche passende Lieder den Verlegern (Kirchner und Rosenberg, 172 1. Avenue, Newyork (City) einsenden werden bei Annahme ihrer Kompositionen nach Kräften honorirt.

Volksbuchhandlung
und Expedition des „Sozialdemokrat".

Zürich Samstag, den 7. April, Abends 8½ Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwanen (Stadt):

Geschlossene
Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Landesausschußwahl. Wichtige Parteiangelegenheiten.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlichst ein

Der Lokalausschuß.

Die zur Aufnahme Angemeldeten sind hierdurch behufs Aufnahme zum Besuch der Versammlung eingeladen.

Basel Das Lokal der Mitgliedschaft der deutschen Sozialisten hier befindet sich jetzt

Restaurant Kaiser,
Untere Rheingasse Nr. 12,

wovon die Tit. Vereine und Genossen gefl. Notiz nehmen wollen.

[Fr. 250 1] Der Ausschuß.

Paris Das Lokal des **deutschen sozialdemokratischen Lese-Clubs** befindet sich:

Café de la nouvelle Poste,
Ecke der Rue Montmartre und der Rue Etienne Marcel.
Eingang: Rue Etienne Marcel 36.

Kopenhagen **Deutsche Lesegesellschaft.**

Unsere Vereinsversammlungen finden statt: jeden Donnerstag Abend 8 Uhr in **Römersgade 22, 2. Stock** (Seitengebäude).

Zureisende Genossen wollen genau auf unsere Adresse achten.

Der Vorstand.

Abonnements auf den „Sozialdemokrat"

werden ausser beim Verlag und dessen bekannten Agenten — sowohl auf einzelne Monate als ganze Quartale — jederzeit entgegengenommen bei folgenden Filialen und Verkaufsstellen:

Castleford bei Yorkshire **Theobald Völkel**, 1 Dentonterrasse.
Edinburgh **Carl Derwald**, Portobello near Edinburgh High Street 10.
Kopenhagen K **C. Hördum**, Römersgade 22 Stuen.
Brüssel (bei bekannten Adressen) und dem Zeitungshändler à la Croix de fer, Grand Place.
Liège **Café des quatre Nations**, rue Chapelle des Clercs.
Verviers **Charles Picreaux**, 20 rue de Luxembourg, Andrimont.
Amsterdam **J. A. Fortuyn**, Boekhandel, Tuinstraat 54.
Antwerpen **A. Neevelsteen**, Dieppestraat 146.
Bukarest **Karl Burian**, Strada Puisor 2.
New-York **John Heinrichs**, 130 Third Street. East.
H. Nitzsche, 548, 9. Avenue, City.
Jos. Strauss, 355 I. Avenue.
A. Höhne, care of „New-Yorker Volkszeitung", 184 William Street.
W. Bäthke, City 536, 16. Street.
Philadelphia **W. F. Schmidt**, Nr. 618 Callowhill Street care of Philad. Tageblatt.
Chicago Jll. **A. Lanfermann**, Nr. 76 fifth Avenue.
W. Langner, 649 W. 18 Street.
Cincinnati, O. **C. Schumann**, 16 Mercer Street.
G. Muehler, Walnut Str. 490.
Charleston S. C. **W. Eberhard**, 48 Anson Street.
St. Louis, Mo. **Gebr. Herminghaus**, 1707 Franklin Avenue.
Buenos-Aires Sociedad „Vorwärts", Calle Comercio 880 nuevo.
Porto Alegre **Carl Grimm**, Rio Grande do Sul Brazil.
Melbourne **Verein „Vorwärts"**, Adr. Golden-Fleece Hôtel Russell-Street.
Sidney, **Petersen**, Pitt-Street 393.

Die Expedition des „Sozialdemokrat".

Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich